

## Kinder / Jugend / Familie

### Rat ö 22.05.2012

TOP: Ö 5.11.1

Gremium: [Rat der Stadt Osnabrück](#) **Beschlussart: ÄA ZG beschlossen**

Datum: Di, [22.05.2012](#) Status: öffentlich/nichtöffentlich

Zeit: 17:10 - 22:10 Anlass: Sitzung

Raum: Rathaus, Ratssitzungssaal

Ort: Markt, Osnabrück

---

[VO/2012/1085 "Bericht zur sozialen Ungleichheit in Osnabrück"; Verfahren zur Entwicklung und zur Umsetzung von Maßnahmen - Änderungsantrag](#)

Status: öffentlich Vorlage-Art: Antrag

: Zählgemeinschaft Fraktionen von SPD / Bündnis 90/Die Grünen

Federführend: Fraktion B90/Grüne Geschäftsstelle Bearbeiter: Thiem, Klaus

---

#### **Beratungsverlauf:**

Frau Brandes-Steggewentz stellt namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fest, dass der entsprechende Bericht zwar in der Ratssitzung durch die Verwaltung vorgestellt wurde, bisher aber nicht diskutiert worden sei. Dies sei auch im Sozialausschuss für sie nicht möglich gewesen. Dort sei betont worden, dass die beteiligten Institutionen in die Diskussion einbezogen werden sollen. Hieraus sollten gemeinsame Maßnahmen entwickelt werden. Seinerzeit seien auch fehlende Punkte genannt worden. Im Hinblick auf den Ablauf des bisherigen Verfahrens äußert sie sich erstaunt über die heutige Verwaltungsvorlage. Für die ohnehin vorgesehenen Maßnahmen halte sie eine Beschlussfassung für entbehrlich; die übrigen aufgezeigten Punkte sehe sie als eine bloße Richtungsgebung für das künftige Vorgehen, ohne dass die betroffenen Institutionen beteiligt worden seien. Sie kritisiert, dass keine Aussagen dazu getroffen werden, in welcher Höhe Gelder durch die bereits beschlossenen Maßnahmen gebunden werden.

Frau Jacobsen äußert sich namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen befriedigt darüber, dass die Mittel in Höhe von 2,1 Millionen Euro für die Jahre bis 2013 für die Stadt Osnabrück aus den Mitteln für Bildungs- und Teilhabebedarfe zur Verfügung gestellt werden und dass diese Mittel für Maßnahmen zugunsten von Kindern und Jugendlichen, die am stärksten von Armut betroffen seien, eingesetzt werden können. Sie verweist auf den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen (s. VO 2012/1085 gemäß Anlage), dessen Inhalt darauf abziele, dass das in der Verwaltungsvorlage vorgeschlagene Verfahren zur Verwendung der Mittel geändert werden solle. Ferner werde die Notwendigkeit gesehen, zukünftig einen wesentlich breiteren Ansatz bei der Bekämpfung von Kinderarmut in Osnabrück zu wählen. Sie erläutert die Änderung in Absatz 2, die darauf abziele, dass die Profilgebiete 1 und 2 auf einer statistischen Größe beruhen und insofern sich die Maßnahmen nicht ausschließlich, sondern lediglich vorrangig auf Einrichtungen, Dienste und Angebote für Kinder und Jugendliche in diesen Gebieten beziehen sollen. Ferner sollen bei geplanten Maßnahmen die bestehenden Ressourcen der Stadtteilzentren genutzt und gegebenenfalls ausgebaut werden. Sie verweist ebenso wie Frau Brandes-Steggewentz auf die Absprache im Sozialausschuss, wonach die Vergabe der Gelder unter Einbeziehung einer Arbeitsgruppe vergeben werden sollte, in der sowohl Fachleute als auch Ratsmitglieder mitarbeiten sollten. Insofern werde der Vorschlag der Verwaltung nunmehr ebenfalls mit Erstaunen zur Kenntnis genommen. Ein entsprechendes Beteiligungsverfahren

– wie bereits erörtert – werde allerdings für zwingend notwendig gehalten. Sie fordert insofern die Verwaltung auf, dieses Verfahren sicherzustellen. Sie bedauert, dass bislang die Einrichtung eines „Runden Tisches Kinderarmut“ nicht zustande gekommen sei. Sie nimmt auf weitere Einzelheiten des Änderungsantrages gemäß Vorlage Stellung. Sie beleuchtet schlaglichtartig die Probleme fehlender Erwerbsmöglichkeiten, städteplanerischer Problemlagen sowie fehlende Mobilität für Familien, die von Armut betroffen seien.

Herr Sommer verweist namens der SPD-Fraktion darauf, dass bereits im Jahr 2007 die ersten Anträge zur Erstellung eines Kinderarmutsberichtes gestellt worden seien. Im Zusammenhang mit darauf folgenden einschlägigen Beschlüssen im Rat sei mehrfach die Einrichtung eines „Runden Tisches Kinderarmut“ beschlossen worden. Er kritisiert insofern die derzeitige Situation. Der Vorschlag, nunmehr durch den Änderungsantrag die ASH und die Sozialkonferenz in die weiteren Planungen einzubeziehen, bezeichnet er in diesem Zusammenhang als pragmatische Lösung des derzeitigen Dilemmas, da beide Institutionen seit geraumer Zeit verlässliche Partner zu dem Thema seien und mit Bundesmitteln zu dem Thema bereits geforscht haben.

Er begrüßt einerseits, dass nunmehr mit dem Kinderarmutsbericht gesicherte Erkenntnisse über die Situation in Osnabrück vorliegen; andererseits sei durch das bisherige Abwarten der Fertigstellung des Berichtes die Situation entstanden, dass nunmehr die Verausgabung der zur Verfügung stehenden Mittel unter Zeitdruck gerate. Er skizziert die Gefahr, dass die Verausgabung der Mittel bis Ende 2013 nicht möglich sein werde und entgegen der derzeitigen Stellungnahme der Verwaltung eine Übertragung danach unter Umständen doch nicht möglich sei.

Zu dem Änderungsantrag merkt er an, dass die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen für richtig befunden werden. Er nimmt im Weiteren kurz zu den einzelnen Forderungen des Änderungsantrages Stellung und unterstützt die aufgelisteten Forderungen.

Frau Pötter legt dar, dass die CDU-Fraktion die Beschlussvorlage der Verwaltung, die als maßvoll und richtig erachtet werde, uneingeschränkt mittragen werde; am Änderungsantrag der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen werde ausschließlich die Streichung des Wortes „ausschließlich“ in Absatz 2 des Antrages mitgetragen. Insbesondere spricht sie sich gegen die Einrichtung eines „Runden Tisches Kinderarmut“ aus. Die übrigen Forderungen des Änderungsantrages werden insofern nicht unterstützt, da der Sozial- und der Jugendhilfeausschuss als die zuständigen Gremien für die Diskussion entsprechender Ansätze zur Bekämpfung der Kinderarmut für zuständig gehalten werden; der Einbindung zusätzlicher anderer Gremien werde nicht zugestimmt. Insbesondere kritisiert sie auch die Einbeziehung von lediglich zwei Institutionen. Sie äußert sich erstaunt über die heutige Tischvorlage der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Wurm verweist Frau Pötter auf die bereits im Sozialausschuss geführte Diskussion zu der von ihr vorgebrachten Argumentation. In Anbetracht der dort getroffenen Verabredung mit der Verwaltung äußert er ebenfalls sein Erstaunen über die heutige Vorlage und äußert sich verärgert darüber, dass hierfür Zeitgründe zur Begründung herangeführt werden. Auch die Definition von Maßnahmen bezüglich der im Beschlussvorschlag der Verwaltung vorgeschlagenen Punkte 1 und 2 wären zu besprechen gewesen.

Herr Dr. Thiele spricht sich namens der FDP-Fraktion ebenfalls gegen die Initiierung eines „Runden Tisches Kinderarmut“ aus und hebt die Kompetenz der Fachausschüsse für entsprechende Fragestellungen hervor. Insgesamt spricht er sich gegen die Annahme des Änderungsantrages der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen aus.

Herr Dauer bestätigt Frau Jacobsen in ihren Ausführungen, wonach es im Sozialausschuss für erforderlich gehalten worden sei, die Einzelheiten des Kinderarmutsberichtes dort weiter zu diskutieren. Dort habe der Tenor geherrscht, eine Beratungsgruppe rund um die Verwaltung aufzubauen, die konkrete Maßnahmen ohne größere Diskussionsgremien entwickeln sollte. Die Federführung hierfür sollte innerhalb der Sozialverwaltung liegen. Dem Inhalt des heutigen Änderungsantrages der Zählgemeinschaft könne nicht gefolgt werden.

Herr Cheeseman verweist Herrn Dauer auf die Bestandskraft früherer Ratsbeschlüsse. Die bestehende Beschlusslage beinhalte eindeutig die Bildung eines Gremiums aus Fachleuten von freien Trägern, der Verwaltung und Vertretern der Politik; im Jahr 2009 habe auch die CDU-Fraktion einem entsprechenden Beschluss zugestimmt. Im Sozialausschuss sei der

Punkt der Einrichtung eines „Runden Tisches Kinderarmut“ aktuell nicht angesprochen worden, obwohl Frau Rzycki zwischenzeitlich die Einschätzung der Bedeutung eines „Runden Tisches Kinderarmut“ geteilt habe. Die Beschlussvorlage der Verwaltung bezeichnet er als unverständlich und begründet dies im Einzelnen. Auch er kritisiert den von der Verwaltung angeführten Zeitdruck.

Frau Rzycki räumt ein, dass das durch die heutige Verwaltungsvorlage vorgeschlagene Verfahren im Vorfeld anders diskutiert worden sei. Zu der vorgebrachten Kritik bemerkt sie, dass die Verwaltung hierdurch beabsichtigt habe, ein Verfahren vorzuschlagen, wie es vor den Sommerferien möglich sein könne, sich für einzelne Maßnahmetypen zu entscheiden, ohne dass eine Entscheidung für einzelne Maßnahmen getroffen werden müssen. Der entstehende Druck beruhe nicht auf einem drohenden Mittelverfall. Dies sei bereits mehrfach von ihr betont worden. Insofern gebe es die Möglichkeit, Alternativen zum Vorschlag der Verwaltung zu beschließen.

Nach der Absprache im Sozialausschuss, die Angelegenheit weiter breit zu diskutieren, sei jedoch deutlich geworden, dass es nicht nur darum gehe, hierbei den Sozialausschuss weiter zu beteiligen und jeweils einen Vertreter der ASH und die Sozialkonferenz einzubinden, sondern es sei deutlich geworden, dass mindestens die Schulen und die in den Profildistrikten liegenden Einrichtungen eingebunden werden müssten. Hierbei gehe es um eine Zahl von knapp 50 Trägern. Eine Beteiligung in dieser Größenordnung hätte eine aufwendige Moderation erforderlich gemacht. Insofern habe die Verwaltung den Weg gewählt, ein anderes Verfahren vorzuschlagen.

Sie verweist auf die bekannten Schwierigkeiten für Rat und Verwaltung im Zusammenhang mit der Erstellung des Berichtes zur sozialen Ungleichheit in Osnabrück, da bei ihrem Dienstantritt keine entsprechenden Planungskapazitäten innerhalb der Verwaltung vorhanden gewesen seien. Die entsprechenden Planungskapazitäten seien erst mit dem Start des Programmes „Lernen vor Ort“ Ende 2009 gegeben gewesen. Bis zu diesem Zeitpunkt seien entsprechende Aufträge an die Universitäten vergeben worden. Daraufhin sei ein fortschreibungsfähiges Berichtswesen innerhalb der Verwaltung aufgebaut worden. In Anbetracht der Tatsache, dass für entsprechende Aufgaben innerhalb der Verwaltung ausschließlich eine Person eingesetzt sei, sei dies in kürzerer als der benötigten Zeit nicht möglich gewesen. Der Verfahrensvorschlag der Verwaltung zielen darauf ab, noch vor den Sommerferien einzelne Maßnahmen auf den Weg zu bringen.

Die Änderungsvorschläge aus dem Änderungsantrag der Zählergemeinschaft seien hierin gut einzuarbeiten. Sie legt dar, dass es im ersten Maßnahmen Schritt vorrangig darum gehen werde, Schulsozialarbeit in Grundschulen einzubeziehen, Schulmensen zu bauen, Möglichkeiten der Hausaufgabenförderung zu verbessern u. ä..

Prinzipiell hält sie für die Abstimmung des späteren Umganges mit den Fragen, wie Kinderarmut zu lindern sei, ebenfalls die Beteiligung eines „Runden Tisches Kinderarmut“ für notwendig. Für die unmittelbar bevorstehenden Abstimmungsnotwendigkeiten werde die Verwaltung die Fraktionen und weitere Akteure wie die ASH und die Sozialkonferenz in die Abstimmung einbinden. Dies Vorgehen gebe die Möglichkeit zu einem pragmatischen Vorgehen.

Vor der Abstimmung über den Änderungsantrag der Zählergemeinschaft verweist Herr Thöle darauf, dass nach Möglichkeiten gesucht werden solle, auch den Kulturausschuss in die Beratungen einzubeziehen.

Sodann führt er die Abstimmung über den schriftlich vorliegenden Änderungsantrag der Zählergemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen wie folgt herbei:

**Beschluss:**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, folgende Maßnahmetypen zu entwickeln und den Fachausschüssen sowie dem Rat zur Entscheidung vorzulegen:

Typ I: Maßnahmen, die ohnehin vorgesehen waren und nun aufgrund der Finanzierung durch die zusätzlichen Mittel des Bundes den städtischen Haushalt entlasten, auch im investiven Bereich

Typ II: Maßnahmen an Schulen und in den Handlungsfeldern der Jugendhilfe, die geeignet sind, die Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

2. Alle Maßnahmen beziehen sich ausschließlich vorrangig auf Einrichtungen, Dienste und Angebote für Kinder und Jugendliche (Schulen, Kindertagesstätten, Stadtteiltreffs, sozialraumbezogene Aktivitäten etc.), die in den Profیلgebieten 1 oder 2 des oben genannten Berichtes liegen bzw. deren Nutzer überwiegend in den genannten Profیلgebieten wohnen. Bei geplanten Maßnahmen sollen die bestehenden Ressourcen der Stadtteilzentren genutzt bzw. ggf. ausgebaut werden.
3. Alle Maßnahmen, die einen Einsatz von zusätzlichen personellen Ressourcen vorsehen, sind zunächst bis Ende 2013 befristet.
4. Mitte 2013 wird seitens der Verwaltung auf Grundlage der mit den Maßnahmen angestrebten Ziele überprüft, ob diese zur Fortsetzung empfohlen werden.
5. Die zu entwickelnden Maßnahmen werden mit den jeweiligen Einrichtungen und Trägern abgestimmt und folgenden Ausschüssen zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt:
  - Finanzausschuss [26.06.2012](#)
  - Sozialausschuss [28.06.2012](#)
  - Jugendhilfeausschuss [04.07.2012](#)
  - Schulausschuss [05.07.2012](#) sowie
  - Verwaltungsausschuss und Rat [10.07.2012](#).

Um bereits in dieser Phase die gewünschte Beteiligung sicherzustellen werden bis zu der Initiierung des „Runden Tisches Kinderarmut“ die Fraktionen und weitere Akteure (ASH, Sozialkonferenz) frühzeitig an den Planungen beteiligt.

6. Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgt schnellstmöglich.
7. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Einrichtung eines „Runden Tisches Kinderarmut in Osnabrück“. Beteiligt werden sollen neben Rat und Fachverwaltungen die wesentlichen Organisationen, Verbände und Initiativen, die im sozialen Sektor sowie im Bereich der Jugendhilfe entsprechend kompetent und aktiv sind. Die Geschäftsführung wird bei der Stadt liegen. Neben der Erarbeitung weiterer Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungs- und Teilhabechancen für Kinder und Jugendliche wird der Runde Tisch Kinderarmut darüber hinaus Ansätze zur nachhaltigen Bekämpfung der Kinderarmut in Osnabrück beraten und erarbeiten. Bei Bedarf können Institutionen hinzugezogen werden, die selber zur Verbesserung der Situation Betroffener beitragen können (etwa Stadtwerke zu Mobilität und zu Stromsperrern). Der Runde Tisch ist frei, wichtige Themen im Kontext von Armut und Armutsüberwindung zu behandeln.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Der Beschluss wird mehrheitlich von den Mitgliedern der Zählgemeinschaft SPD/Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Mitglieder der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke und des Ratsmitgliedes ter Veer **angenommen.**